Bürgerlicher Konflikt in Köln
1608–1610

Zur Vorgeschichte des „Summarischen Extraktes“

Von
Gerd Schwerhoff


geradezu ein roter Faden bürgerlicher Zwietracht bis zum Ende der reichsstatlichen Zeit.3)


Beseitigung der wachsenden sozialen Ungleichheit nicht zu den Zielen der bürgerlichen Protestbewegungen. Es handelte sich weniger um „soziale“ als um „politische“ Auseinandersetzungen, deren unmittelbarer Anlaß meist in Korruptionsvorwürfen gegen die Regierenden und in hoher steuerlicher Belastung der Bürgerschaft zu suchen ist.8)


Die Historiographie der letzten Jahrzehnte hat eingehend die Bestrebungen der städtischen Magistrate seit dem 15. Jahrhundert herausgestellt, sich von den genossenschaftlichen Grundlagen der Stadtgemeinde10) loszulösen und als „oberkait“ von den Bürgern unbedingten Gehorsam zu verlangen. Die Politik städtischer Räte ist neuerdings sogar als Versuch gekennzeichnet worden, „to set themselves up as a kind of collective feudal lord over their citizens“11). Diesem Versuch setzte die Gemeinde aus ihrem genossenschaftlichen Selbstverständnis heraus Widerstand entgegen: sie schloß sich zu Eidbündnissen zusammen, verfaßte Gravamina und wählte Schickungen, die mit der Stadtführung in Verhandlungen traten; im äußersten Fall wurde der Magistrat durch bewaffnete Aufläufe unter Druck gesetzt oder gar gestürzt.12)

11) Rotz: Urban Uprisings (wie Anm. 8), S. 87.
Fragt man nach dem politischen Selbstverständnis des alteuropäischen Bürgertums, so ist deswegen die Beschäftigung mit seinen inneren Konflikten unabdingbar. Unruhen wirkten immer als eine Art beschleunigender Katalysator des politischen Diskurses, evozierten Argumente und produzierten nicht zuletzt ein umfangreiches Quellencorpus von Gravamina, Streitschriften und Verhandlungsprotokollen.

Die bürgerliche 'Zweitung' in Köln zu Beginn des 17. Jahrhunderts ist weder der Regionalgeschichte noch der vergleichenden Stadtgeschichte verborgen geblieben. Eine nähere oder gar befriedigende Darstellung haben die damaligen Ereignisse jedoch bisher nicht gefunden. Einzig Leonhard Ennen widmete ihnen vor mehr als einhundert Jahren ein Kapitel seiner monumentalen Stadtgeschichte, das aber große Lücken und einige Fehler enthält.\(^{13}\) Knappe neuere Erwähnungen füßen fast ausnahmslos auf Ennens Forschungen.\(^{14}\) Wenn hier nun zum ersten Mal eine genauere Untersuchung vorgelegt wird, so gilt es zunächst, den Erwartungshorizont zu dämpfen. Als Fallstudie zum politischen Selbstverständnis des alteuropäischen Stadtbürgertums kann und will sie ein detailliertes Werk zu den sozialstrukturellen und ökonomischen Hintergründen der Kölner Ereignisse nicht ersetzen. Einer solchen Arbeit muß ebenfalls der synchroner Vergleich mit Unruhen in anderen Städten und deren Einordnung in den Diskussionszusammenhang um die „Krise des 17. Jahrhunderts“ vorbehalten bleiben.\(^{15}\)


(a) Der oben angesprochene Dualismus zwischen Rat und Gemeinde,


\(^{15}\) Vgl. H. Schilling: The European Crisis of the 1590s: the Situation in German Towns, in: P. Clark (Hg.): The European Crisis of the 1590s, London 1985, S. 135–156.
zwischen obrigkeitlichem Machtanspruch des Rates einerseits und dem genossenschaftlichen Selbstverständnis der Bürger andererseits, findet sich schon im Verbundbrief. Die Sicherung einer umfassenden politischen Entscheidungsgewalt für den Rat ist eine der Kernbestrebungen des Dokumentes. Im Konfliktfall konnte er auf die Gehorsamspflicht jedes Bürgers pochen, ihm „getruwe ind holt“ zu sein. Sollte eine Korporation oder irgend jemand sonst ihm die Souveränität streitig machen wollen („. . . nyet moegich noch mechtich alre sachen sitzen en leysse . . .“), so müßten alle „sunder wederrede eyne rade zerzigt mit lijve ind mit guede bystendich sijn“\(^\text{16}\).

Umgekehrt manifestierte sich im Verbund das genossenschaftliche Selbstverständnis der Stadtkommune, indem die Wahl der Ratsherren – mit der Ausnahme einer Minorität, die von den Gewählten kooptiert wurde („Gebrech“) – durch die politischen Korporationen geregelt wurde. Diese Gaffeln besaßen höchst unterschiedliches quantitatives und qualitatives Gewicht, ja sie bestimmten sogar entsprechend ihres sozioökonomischen Ranges einen oder mehrere Ratsherren\(^\text{17}\); sie repräsentierten aber dennoch die gesamte Bürgergemeinde, wenn die Ausprägung dieser Repräsentation auch nicht mit modernen Vorstellungen übereinstimmt. Überdies konnten die Gaffeln in besonderen Fällen dem Rat ein direktes Kontrollgremium zur Seite stellen. Bei außenpolitischen Verträgen, Heerfahrten, bei besonders hohen Ausgaben (Leibrenten) und Steuern mußte der Rat das anstehende Problem aller Gaffeln kundtun; diese sollten dann „zwene yrre vrunde . . . bij den rait zerzigt schicken“ (die „Vierundvierziger“), um mitzuentscheiden\(^\text{18}\).

Das obrigkeitliche Selbstverständnis des Kölner Rates kann nicht einfach als Entfremdung und Entfernung von den genossenschaftlichen Ursprüngen der Stadtkommune gedeutet werden. Seine umfassende Souveränität konnte sich gerade von dieser Genossenschaft her legitimieren. Umgekehrt konnte sich die Gemeinde im Konfliktfall auf den abgeleiteten Charakter dieser Hoheitsrechte berufen und auf die letztlich kommunalen Wurzeln der Ratsherrschaft hinweisen. Der Magistrat seinerseits mochte diese Argumentation durch die Berufung auf andere Legitimationsquellen – Kaiser und Reich etwa oder die Religion – zu entkräften versuchen.

In der politischen Praxis des 15. Jahrhunderts freilich besaß der Dualismus zwischen Rat und Gemeinde lange Jahrzehnte wenig Relevanz. Der Kreis derjenigen, die das Wahlrecht ausüben durften, wurde eingeengt;

\(^\text{16}\) Stein: Akten (wie Anm. 1), S. 194.


\(^\text{18}\) Stein: Akten (wie Anm. 1), S. 190.

Neue Bedeutung erlangte der Dualismus zwischen Rat und Gemeinde erst an dem Punkt, wo sich die Unzufriedenheit der Bürger über die städtische Politik mit der Unfähigkeit der Führungsschicht traf, diese Unzufriedenheit im Rahmen der überkommenden Institutionen zu kanalisieren.

20) Z. B. 1492, als „Unse heren v. r. mit den frunden ind den geschickten heren van allen reeden ind 44 über Finanzen und Reichsangelegenheiten beraten, Stein: (wie Anm. 1), Bd. I, S. 541.
und zu entschärfen. Dieser Punkt war offenbar 1481 angesichts des städti-
chen Schuldenberges und einer zumindest sektoralen Verschlechterung der
wirtschaftlichen Situation vieler Bürger erreicht. Den Ausgangspunkt der
Gemeindeopposition bildeten im September 1481 die Gaffelhäuser, wo sich
zunehmend bei Versammlungen und Diskussionen Opposition gegen die
aktuelle Ratspolitik artikulierte; vor allen Dingen hohe Steuern und Abga-
ben im Gefolge des Krieges gegen Burgund waren Gegenstände der Kritik.22)
Bereits der nächste Schritt der unzufriedenen Bürgergemeinde ging klar über
den vom Verbundbrief gesetzten Rahmen hinaus. Auf Initiative der GürTEL-
machergaffel kam es zu einer allgemeinen „vergaderung“ aller Gaffeln bzw.
deren Vertretern; es wurde beschlossen, etliche „puncten und articulen..."23) Von jeder Gaffel wurden 6–8 Vertreter gewählt, „die auf unser herrn haus in einer großer procession traten“ und
durch vier Sprecher ihre Forderungen vortragen ließen. Die institutionelle
Kanalisierung des Teilhabebedürfnisses der Bürgergemeinde war damit
gesprengt. Als ihre eigentliche Vertretung fungiert nun die frisch gewählte
und paritätisch besetzte Schickung. Sie verfolgte nicht das Ziel, das Ratsregi-
ment zu schwächen oder gar abzuschaffen. Es ging lediglich um die „guetliche“
Regelung konkreter Gravamina, vor allem um die Abschaffung drükk-
kender Steuern und um Überprüfung des Rechnungswesens. Die schriftlich
dem Rat übergebenen Hauptforderungen waren im Ton gewohnt devot
gehalten: „Gnedige liebe herrn“, wurde der Magistrat angeredet, und unter-
zeichnet haben „Euer Gnaden willige burger, ingesehen, gantz gemeinde
und gesellschaft von allen ampten und gaffelen“. Gleichwohl war der vorläufi-
fige Erfolg der Gemeinde kein Ergebnis „verfassungsmäßig“ artikulierter
Opposition, sondern ein Erfolg der Straße: „die gantz gemeinde stunde auf
dem plätze und wollten... antwort“, drohten die Bürgerversammlungen
versammelten Ratsherrn.24) Diese sahen sich denn auch gezwungen, den
Forderungen prinzipiell nachzugeben.

Dieser puntuell Erfolg war dem geschlossenen Auftreten der Bürgergemei-
nde, aber auch der Unterstützung durch die „unterbürgerlichen“ Schich-
ten der Stadt zu verdanken. Er führte zur dauerhaften Etablierung zweier
Gemeindegremien: neben der oben schon erwähnten Deputation („Große
Schickung“) wurde aus ihrer Mitte eine kleine Schickung erwählt, die sich

22) Für die Hintergründe und eine vollständigere Darstellung der Ereignisse vgl. Loos-
Cornswaren: Unruhen (wie Anm. 3), S. 55 ff.
Chroniken der niederrheinischen Städte: Cöln. 3. Band), Göttingen 1877, S. 928; vgl.
Loesch, Heinrich von: Die Kölner Zunfturkunden, Bonn 1907, Bd. 1, S. 263 f.
24) Chroniken (wie Anm. 23), S. 929 f.


25) Ibid., S. 933
26) Ibid., S. 934
27) Stein: Akten (wie Anm. 1), S. 194
28) Chroniken (wie Anm. 23), S. 938
29) Stein: Akten (wie Anm. 1), S. 479f.
Der Rat mußte den Text bewilligen. Wie sehr sich die Fronten inzwischen verschoben hatten, zeigt aber sein Vorbehalt, „das man das untwerf auf all gaffelen brengen sollt und dar sollt man es erst hoeren lesen; wahrbei es dan alle gaffelen ließen, darbei wollten es unsere herrn auch lassen“. Der Rat appellierte also gegen die Gemeindevertretung an die Gaffeln – und er hatte Erfolg! Die Korporationen antworteten, sie wollten „ihngemein den zedel ihn keiner weis zulaßen, sonder sei wolten bei dem gemeinen verbundbrief bleiben“.


Die hier nur knapp skizzierten Geschehnisse von 1481/2 werfen ein...


Die Endphase des Konfliktes verläuft aber völlig anders als 1482. Gleichzeitig mit den Schickungen wird ein neuer, unbelasteter Rat gewählt; die Vorwürfe gegen Mitglieder des alten Regiments wegen Bestechung, Korruption, Rechtsverletzung etc. führen zu deren Bestrafung, u. a. werden drei

der sechs mächtigen „Sechsherren“ hingerichtet; der Kaiser wird mit einer
großen Geldsumme beschwichtigt; aufgrund der gemeindlichen Grava-
mina kommt es zu Reformen in Politik und Verwaltung. Im Juni 1513 erklärt
ein Ratsedikt den Aufruhr für beendet, die Forderungen, die „eyn eirber
gemeynde von allen Ampten und gaffelen luyde eyns briefs ... hegert hait“, für erfüllt.35) Im selben Jahr wird ein Transfixbrief als Ergänzung der
Verfassung verabschiedet.36)

Dieses zentrale Dokument am Ende der Zwieung, von den Bürgermei-
stern, dem Rat und der Gemeinde ausgefertigt, will zwar ausdrücklich den
Verbundbrief und andere Gesetze der Vergangenheit „niet geswecht, son-
der ... bekreffticht und bestedicht“ sehen. Tatsächlich aber richtet sich
diese „reformacion“ nicht allein gegen die korrupte politischen Realität der
letzten Jahre, sondern entwickelt die Verfassung ein ganzes Stück weiter. 
Schon die Präambel setzt das Dokument explizit in die Tradition des
erfolgreichen Aufruhrs; aus der Kritik an etlichen „oversten, die in regnument
dieser hilliger unser frier stat Coelhe gewesen sin“, wird die Rechtferigung
der „vergaderung“ der Gemeinde gegen die „missbruichonge des gemeinen
guedtz in vergess irre plicht, huldonge und eide.“ Damit deutet sich schon
die Grundlinie dieses Verfassungszusatzes an. War 1396 ein Übergewicht
obrigkeitlicher Repräsentation festgeschrieben worden, so stand nun die
Erweiterung der korporativen Partizipationsrechte auf der Tagesordnung,
oder besser: die nachträgliche Legitimierung solcher Rechte, die die Gaffeln
sich de facto schon längst aneignet hatten.

In vielen Punkten kommt es zu einem Ausbau des Kontrollrechts der
Gemeinde. So werden die Unabhängigkeit der Vierundvierziger als deren
Interessenvertreter bekräftigt, ihre Kompetenzen erweitert. Daneben wird
eine vierteljährliche Rechenschaftspflicht der Rentmeister vor einem ande-
ren Gremium von Gaffelvertretern, die keinen Ratsherrn in ihren Reihen
haben dürfen, festgelegt, ebenso die Pflicht der Besiegelung von Verschrei-
bungen und Renten durch ein Gaffelgremium. Auch die unabhängige Stel-
lung der Ratsherrn soll gestärkt werden. Am Anfang des Gesetzes steht
programmatisch das Verbot von „krensgin“ und „haimlich rait“; der Klün-
gelwirtschaft im Kreis der Bürgermeister, der Verlagerung von wichtigen
Entscheidungen in kleine Beraterzirkel der Mächtigen soll ein Riegel vorge-
schoben werden; die Gewählten sollen „alle zit in offenbairem raide ein-
drechtlichen bi einander sitzen“. Bereits 1481 hatte die austrändische
Gemeinde die Beseitigung „sulche heimliche ratsspreiche und schickunge,

35) Loos-Corsoarem: Unruhen (wie Anm. 3), S. 76
36) Edition von Hegel in Chroniken (wie Anm. 23), S. CCCXXIII ff. Die Artikelzählung
erfolgt nach diesem Text.
die in der zeit her baussen wißen des gemeinen raths“ tagen würden und die „widder den verbundbrief“ seien, gefordert.37) Die Gefahr der Verselbständigung von gewählten Herrschaftsträgern bzw. ihrer Entmachtung durch informelle Führungszirkel muß den Verfassern des Transfixbrieves klar vor Augen gestanden haben. Sie versuchten, ihr zu begegnen, indem den Korporationen über ihre Funktion als Wahlkörperschaft hinaus weitere Rechte zugesprochen wurden. Dem Ratsherrn wird eine Pflicht auferlegt, die seine Stellung als Vertreter einer Teilkorporation stärker betont. Wenn im Rat „parthlich geslossen wurde, dairdurch unverschulter oirsachen sinen mitburger last ins swericheit untstain moichte“, und wenn er diesen Beschluß nicht verhindern könne, müsse er ihn „sinen mitgasselgenoissen bi sime eide känt doin“, um ihnen die Möglichkeit der Schadensabwehr zu geben (Art. 10).


Die zwei wichtigsten Verfassungs texte, Verbund- und Transfixbrief, wurden von den Zeitgenossen in den folgenden Jahrhunderten in einem Atemzug genannt. Das ändert nichts daran, daß die beiden in einem gewissen Gegensatz zueinander standen. Der Dualismus zwischen Rat und Gemeinde prägte ihnen den Stempel auf. Unbeschadet seiner korporativen Elemente wurde der Verbundbrief vor allem von der obrigkeitlichen Interpretation des Rates vereinnahmt, während eine potentielle Opposition der Gemeinde im Transfixbrief eine Stütze finden konnte. War laut dem Ver-

37) Chroniken (wie Anm. 23), S. 929.
bundbrief der Partizipation der Gemeinde mit der Wahl der Vierundvierzigervon durch genüge getan, so erlaubte der Transfixbrief eine direkte Intervention der Gaffeln.


1594, 16 Jahre später kommt es zu einem ähnlichen Fall; die Gaffeln wehren sich erneut gegen „zapzinsen“. Auf der Faßbindergaffel werden heftige Debatte geführt, eine zehnköpfige Delegation verhandelt mit dem Rat. Anfang November hatte sich dieser mit der Weigerung einiger seiner

---

38 Buch Weinsberg (wie Anm. 21), Bd. III, S. 4f.
39 Ibid., S. 7.
40 Ibid., S. 23.
42 Buch Weinsberg (wie Anm. 21), Bd. IV, S. 212 ff.
Mitglieder zu beschäftigen, „ire stimb im rate zu geben, dan wulten es eirst an ire gaffelgesellschaft prengen, wie in von denselben zu toin befoln were“. Wiederum scheitert der Versuch, eine Art imperatives Mandat zu verwirklichen, an den Mehrheitverhältnissen; erneut setzt sich die Interpretation durch, man halte Räte und 44er für „volmegtigen der ganzer gemeinden“. Dem inhaltlichen Anliegen der Unzufriedenen wird aber am folgenden Ratstag Rechnung getragen, die „glichheit der zinsen“ beschlossen.


Beginn einer Kette von „neuen Steuern, Schatzungen, Accisen und sonstigen bürgerlichen Beschwerungen“ seit 1566.\textsuperscript{45)}


Am 26. 8. 1608 wird der Amtsmeister der Faßbindergaffel, Reinhard Linckens, zum Verhör in die Schickungskammer des Rathauses zitiert.\textsuperscript{46)} Er hatte vor kurzem im Auftrag seines Amtes dem Rat eine Supplikation übergeben; in diesen Zusammenhang gehören die Vorwürfe, denen Stimmmeister Junker Peter Heimbach und Dr. Johannes Reck nun nachgehen sollen. Linckens habe, so wird ihm vorgehalten, ein Ratsgebot — der Inhalt geht aus den Quellen nicht hervor — mißachtet. Der Amtsmeister rechtfertigt sich damit, er habe Bürgermeister Hardenrath lediglich gefragt, ob das Gebot wirklich vom Rat erlassen worden sei; in diesem Falle solle man ihm den förmlichen Rezeß vorweisen. Falls es sich aber nur um den Beschluß einer Schickung oder gar um eine Anordnung des Bürgermeisters handele, sei das Vorgehen gegen den Verbundbrief und er brauche nicht Folge zu leisten.

Der Rat ist mit dieser Entschuldigung nicht zufrieden; am folgenden Tag beschließt er, Linckens solle zu Turm gehen. Daraufhin kommt es zu einer dramatischen Eskalation des Konfliktes.\textsuperscript{47)} Der Ratsbote erreicht den Amtsmeister nicht zu Hause, sondern überbringt ihm den Befehl auf die Gaffel. Nachdem Linckens seinen Gaffelgenossen den Ratsbeschluß angezeigt hat, solidarisieren sich diese und fordernd ihn offen zur Mißachtung auf. Unter starker Bedeckung verbringt der Beschuldigte die Nacht auf dem Gaffelhaus. Am Morgen des 28. August unternimmt der Rat weitere Versuche, seinem Befehl Geltung zu verschaffen. Die Gaffelherrn kehren jedoch bald unverrichteter Dinge von den Faßbindern zurück, berichten von etlichen hundert Mann, die dort in aufgeheizter Stimmung versammelt seien; die Menge hätte

\textsuperscript{45)} Kellenbenz: Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 44), S. 415.

\textsuperscript{46)} Die folgenden Ausführungen beruhen vor allem auf den Ratsprotokollen (Bände 57–60), den Protokollen der Vierundvierziger vom 15. 12. 1608 bis zum 20. 10. 1610 (Verfassung und Verwaltung V 87/88), dem Protokoll der Beratungen zwischen Rats- und Gaffeldeputierten über die Gravamina vom Juli 1609 (Verfassung und Verwaltung V 91), einem vielleicht aus dem Besitz Dr. Cronenbergs stammenden Aktenkonvolut (Chroniken und Darstellungen 27) sowie weiterem verstreuten Material im Historischen Archiv der Stadt Köln.

Verhör von Reinhard Linckens Verf. u. Verw. V. 92, fol. 5 ff.\textsuperscript{46)}

\textsuperscript{47)} Ratspot. 57, fol. 77 r ff.

Für die nächsten anderthalb Jahre haben wir keine Hinweise auf sein Schicksal. Seine Flucht nach Düsseldorf vollzieht sich, anders als Ennen es darstellt49), nicht in unmittelbarem Anschluß an die geschilderten Ereignisse. Vielmehr scheint er sich im Januar 1610 noch in Köln aufgehalten zu haben. Jedenfalls strengen die Stimmeister erneut eine umfassende Untersuchung gegen ihn an.50) 26 Zeugen werden verhört, um ihn beleidigender Äußerungen gegen den Rat zu überführen und ihm konspirative Aktionen mit niederländischen Schiffen nachzuweisen. Der Rat lädt Linckens mehrmals und mit immer drohenderen Tönen vor, um sich zu rechtfertigen; der wiederum – nach eigenen Angaben durch dringende Geschäfte in Düsseldorf festgehalten – folgt diesen Vorladungen nicht, verfaßt aber seinerseits eine Reihe von Supplikationen an die Gaffel, die dort jedoch nicht oder nur unvollständig von den zögernden Amtsmeistern vorgelesen wurden.51) Der

49) Ennen: Geschichte (wie Anm. 13), S. 538 f.
50) Zunftakten 428, fol. 193 rff.
51) Unter seinen Aufzeichnungen befindet sich auch jene Supplikation, die sich ausführlich mit der Schuldenlast der Stadt beschäftigt und die Berechtigung der Kritik an ihrer bisherigen Finanzpolitik nachweisen will, Zunftakten 428, fol. 266 ff., vgl. dazu Kellenbenz: Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 44), S. 416 (mit Datierung auf 1608).
Versuch der Faßbinder, beim Rat für ihren ehemaligen Amtsmeister zu intervenieren, scheint nichts gefruchtet zu haben. Reinhard Linckens hat Köln wahrscheinlich nicht mehr betreten können.


Die Auseinandersetzung zwischen Linckens und Bürgermeister Hardenrath berührte aber auch und vor allem Verfassungsfragen. Mit seiner hartnäckigen Nachfrage über die Qualität des Gebotes stellte der Amtsmeister nicht die Autorität des Rates in Frage, wohl aber die Macht der Sechsherrn und ihres Beraterkreises. Die Unterstützung seiner Gaffelgenossen signalisierte eine allgemeine Sensibilität gegenüber vermutetem Mißbrauch politischer Macht und der Verfälschung alter Verfassungsgrundsätze. Es ist anzunehmen, daß schon die Supplikation der Faßbinder nicht nur auf Reformen im wirtschaftspolitischen Bereich zielte, sondern eine allgemeine Verfassungsrevision forderte. Syndicus Dr. Cronenberg referiert nämlich am 17. Oktober vor dem Magistrat mit ausdrücklichem Bezug auf die Beschwerden der Faßbinder, nach der Examination der Weinschulrolle könne man nun zum Studium des Verbund- und Transfixbriefes übergehen.54) Die

53) Ratsprot. 57, fol. 149 rff.
54) Ratsprot. 57, fol. 132 rff.
bürgerlichen Fundamentalgesetze beschäftigen auch andere Korporationen. Schon im September hatten sich etliche Meister der Schneidergaffel versammelt, „welche kurz umb den verbundt und transfixbriff insgemein zu verlesen angehalte“, was ohne eine Bewilligung des Rates nicht möglich sei. Der erteilt seine Erlaubnis, ermahnt aber eindringlich, dies solle auf einen Vormittag in Anwesenheit nur der vereidigten Genossen geschehen, die sich „ruhig still und friedsam“ zu halten hätten.55) Gegen eine Beschäftigung mit der Stadtverfassung, vielleicht sogar gegen die Notwendigkeit einer gründlichen „Übersehung“ derselben, hatte der Rat nichts einzuwenden. Unklarheit und Unstimmigkeit bestanden allerdings darüber, in welcher Form das zu geschehen habe.

Nach den Vorstellungen des Rates sollte die Verfassungsrevision wohl in der Hand einer kleinen Ratskommission unter Leitung des Syndikats liegen; sie sollte dem Magistrat und den Vierundvierzigern Beschlußvorlagen liefern. Es kam aber anders. Dr. Cronenberg berichtet schon am besagten 17. Oktober von „privatim und publice“ geäußerter Kritik innerhalb der Bürgerschaft, die Deputierten seien nicht mächtig, es müßten etliche geschickte Freunde der Gaffeln beteiligt sein. Eine Faßbindersupplikation fordert, weitere Beigeordnete der Gemeinde am Ausschuß zu beteiligen. Der Rat erinnert in seiner Antwort daran, daß er mitsamt den Vierundvierzigern beschlußmächtig sei und daß die letzteren „die gantze gemeinde representiren“. Zugleich deutet er Nachgiebigkeit an, die Zuwahl von einigen Personen könne erlaubt werden.56)

Die Faßbinder interpretieren diesen Beschuß offensiv; man sei mit dem Ratsrezeß soweit zufrieden, gehe ferner davon aus, daß die Verfassungsfragen an alle Gaffeln gebracht würden.57) Unter dem anhaltenden Druck aus der Bürgerschaft - von der Faßbinderversammlung gegen die Annahme weiterer Soldaten war schon die Rede, auch auf anderen Gaffeln werden Zusammenkünfte abgehalten - sieht sich der Rat außerstande, die Wahl von außerordentlichen Gaffeldeputierten zu verhindern. Sie vollzieht sich im Laufe des Novembers, während in den Archivgewölben die alten Verfassungstexte hervorgesucht und schon die ersten inneren Unstimmigkeiten konstatiert werden. Dabei bestimmen die meisten Gaffeln nicht allein zwei Deputierte für die anstehenden Beratungen, sondern gleichzeitig 6 oder

55) Ratsprot. 57, fol. 106 v. Offenbar sah der Rat vormittags weniger Gefahr für tumultarische Eskalationen solcher Versammlungen. Man mag die Abkömmlinglichkeit bzw. das Zeitbudget der meisten Gaffelgenossen zu dieser Tageszeit geringer eingeschätzt haben als abends; vormittägliche Treffen bedeuteten so für den Rat weniger Teilnehmer, weniger ausgedehnte Versammlungen und weniger Alkoholkonsum.
56) Ratsprot. 57, fol. 134 vff.
57) Ratsprot. 57, fol. 136 r.
8 weitere Vertreter, bei denen sich erstere bei Bedarf Rat holen sollen, wie Dr. Cronenberg beunruhigt meldet.58)

Wirklich haben fast alle Korporationen derartige Kontrolleure gewählt; lediglich die Rittergaffel Eisenmarkt und mit ihr Schwarzhau und Windeck stellten keine „Achten“, sondern erklären, man submittiere sich der ordentlichen Obrigkeit des Rates — ein deutliches Zeichen dafür, daß die Beigeordnetenwahl von einigen schon als eine Form verdeckter Rebellion gewertet wurde.59)


58) Ratsprot. 57, fol. 156 rf.
60) Ratsprot. 57, fol. 167 rf.
61) Ratsprot. 57, fol. 177 rff.
62) 15. 12. 1608, Ratsprot. 57, fol. 182 vff.
Man wolle zusammenkommen, „so oft es die notdurft erforderet“. Auch das muß der Rat akzeptieren.


Anders als der Rat besaß die Gemeindeschickung aber in keiner Phase ihrer Existenz weitgehende Souveränität. Umstrittene oder sehr bedeutsame Fragen legte sie von Beginn an ihren „Achten“ zur Begutachtung vor. Im März/April 1609 und 1610 scheinen zudem alle Gaffeln direkt ihre Voten zu bestimmten Problemen abgegeben zu haben.


63) Verf. u. Verw. V 87, Präambel


Die Gewichtsverteilung von Kompetenz und Macht zwischen Gemeindeschickung und Rat war allerdings trotz Erklärungen über gemeinsame Absichten labil. So sah der Magistrat seine traditionelle Oberaufsicht über die Ratswahl verstärkt in Frage gestellt. Seit jeher hatte er es sich vorbehalt-

69) Ratsprot. 57, fol. 184 vff.

Einen Tag vor der Ratswandlung am Heiligabend 1608 erinnert Bürgermeister Hardenrath daran, daß der von der Gaffel Himmelreich gewählte Hieronymus von Siegen schon einmal vom Rat zurückgewiesen worden war, u. a., weil er der Stadt 1500 Goldgelde schuldig wäre. Die Gaffelderdeputierten und deren Achten aber, so wird ihm entgegengehalten, hätten die Annahme Siegends für dieses Mal gefordert.\textsuperscript{71} Am 31. Dezember suppilizieren erneut die Ratsverwandten, Vierundvierziger, Achten, Gaffelmeister und ganze Gemeinde der Gaffel Himmelreich um Zulassung ihres gewählten Ratsherrn. Daraufhin wird der Syndicus beauftragt, die Ablehnungsgründe zusammenzustellen. Ein langes und weit zurückreichendes Stüdenregister kommt heraus: Bedrohung mit der Waffe, Einbruch in das Haus seiner Mutter „wider dieser stat statuta, burgerliche freyheit und naturliche pillichkeit“, Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams, Zusammenstellung einer Art Leibwache und mangelnde Bereitschaft zur Abzahlung seiner Bußen. Derartige Verletzungen bürgerlicher Freiheiten und Statuten, so das Resümee, seien eines Ratsherrn unwürdig.\textsuperscript{72}


\textsuperscript{71} Ratsprot. 57, fol. 194 rff.
\textsuperscript{72} Ratsprot. 57, fol. 207 vff.
nicht an die der Gaffel gerichtet sein müssen. Gleichwohl sei er zu deren unparteiischer Prüfung bereit.\textsuperscript{73)}

Zum Einlenken sehen sich diesmal die Gemeindevertreter und der umstrittene Ratsherr gezwungen: Hieronymus von Siegen unterwirft sich bedingungslos der Prüfung seiner Verteidigungsschrift durch den Rat, seine Gaffel erklärt am 29. 1. 1609, die Mehrheit hätte die Supplikation vom 19. nicht autorisiert.\textsuperscript{74)} Sogar eine Untersuchung des Stimmeisters über die Unterstützer Siegens wird eingeleitet, ebenso über dessen angebliche Lügen- bezichtigung gegen den Rat. Die Autorität der Obrigkeit geht eindeutig gestärkt aus der Angelegenheit hervor. Die weiteren Beschwerden Hieronymus von Siegens werden offenbar gar nicht oder nur schleppend bearbeitet. Im Herbst finden wir ihn unter den zahllosen Individuen und Bevölkerungs- gruppen, die Spezialgravamina gegen die Regierungspraktiken vorzubringen haben; inzwischen war er zusätzlich als Beschützer eines täuferisch gesinnten Halfmannes beim Rat in Ungnade gefallen.\textsuperscript{75)}


Von vornherein war es eins von deren brennendsten Anliegen, in die Schuldenlast der Stadt Einblick zu erlangen. Die Vertreter der Bürgerschaft wollten sich mit eigenen Augen überzeugen, welche steuerliche Belastung aufgrund der städtischen Finanzlage notwendig war. Vor allem hatten sie zu überprüfen, ob die Stadtfinanzen in der Vergangenheit richtig verwaltet worden waren oder ob die Gerüchte über Veruntreuungen und Korruption einen wahren Kern beinhalteten.

Das Verlangen nach Finanzkontrolle rührte am Fundament obrigkeitlicher Macht; der Rat sträubte sich heftig dagegen, den Vierundvierzigern den geforderten Einblick zu gewähren. Ein solches Begehren sei gegen die Verfassung — kaum ein Argument dieser Monate, das sich nicht auf den Verbund- und Transfixbrief berief! — und drohte der Stadt schweren Scha-

\textsuperscript{73) Ratsprot. 57, fol. 225r ff.}
\textsuperscript{74) Ratsprot. 57, fol. 242v ff.}
\textsuperscript{75) Vgl. Stäsny, Hans H. Th.: Die strafrechtliche Verfolgung der Täufer in der Freien Reichsstadt Köln 1529 bis 1618, Münster 1962, S. 103.}

Als weiterer Beschwerdeführer findet sich u. a. Dietrich Schild, der im Juni 1609 in den Rat gewählt, wegen Streitigkeiten mit dem Bürgermeister aber nicht angenommen worden ist; vgl. Köln contra Köln Nr. 417 (Stadt Köln vs. Dietrich Schild). Der Fall Hieronymus von Siegen stand also nicht isoliert.
den zuzuflügen. Das gemeine Beste gebiete die Geheimhaltung der Schulden-
last. Um sich nicht dem Verdacht der Veruntreuung auszusetzen, sei man
lediglich bereit, drei oder vier besonders vereidigte Männer ins Vertrauen zu
ziehen.26)

Die Gemeinde schickung kann und will sich auf neue Unterkommissionen
nicht einlassen, weil diese das Prinzip der korporativen Partizipation ent-
scheidend durchbrechen würden. Jede Gaffel soll nach ihrer Ansicht an der
Finanzkontrolle beteiligt sein.77) Der Rat, wieder einmal zum Nachgeben
gezwungen, dokumentiert seinen Unwillen, indem er der Gemeinde schick-
zung deutlich die Verantwortung für die wichtigen finanziellen Geheimnisse
zuschiebt. Er überstellt ihr die Designation über die Schuldenlast der Stadt
in einer versiegelten Truhe. Die Gaffeldeputierten reagieren verunsichert,
wollen alleine nicht entscheiden, beraten sich mit ihren Achten oder mit der
gesamten Gaffel. Die Gewandmacher beschließen, daß die Achten bei der
Eröffnung der Kiste hinzu ziehen seien. Doch dieser Vorschlag findet bei
den Deputierten keine Mehrheit, wird sogar als gegen den Verbundbrief
erichtet interpretiert; auch hier gibt es wegen der Gefahr von Geheimnis-
verrat Bedenken.78) Als nach einigem Hin und Her die Kiste schließlich zum
ersten Mal geöffnet und die Designation herumgezeigt wird, behandelt man
das Dokument wie ein rohes Ei; ungelesen wird es zunächst zurückgelegt,
die Schlüssel den Meistern zur Bank übergeben.79)

Endlich, am 24. Januar wird die Aufstellung der Schulden schließlich im
Kreis der Gemeinde schickung verlesen. Es ergibt sich zunächst eine erfreulich-
e Überraschung: die Stadtschulden sind „umb ein merkli gtes gering als sie
vorhin umb das jahr 1513 gewesen“80). Doch sofort taucht die nächste
Klippe auf: die Designation ist weder gesiegelt noch unterschrieben. Und als
der Rat diese Formalien ohne viel Aufhebens nachschiebt, hatten sich die
Deputierten schon auf eine sehr viel weitergehende Forderung festgelegt.
Statt der summarischen Designation der Schulden soll nun eine umfassen-
dere und spezifischere Rechnungslegung erfolgen.81)

Beschleunigt offenbar durch wachsende Unruhe Anfang Mär z, kommt es
zur Wahl von eigenen Rechnungsdeputierten der Gaffeln.82)

Doch es dauert Monate, bis dieses, neben der Gemeinde schickung zur

77) Ratsprot. 57, fol. 215 rff.
79) Ratsprot. 57, fol. 230 r.
80) Ratsprot. 57, fol. 232 v.
82) Verl. u. Verw. V 87, fol. 104 vff. (Namensliste der Delegierten, ergänzt Ende Mai
vgl. ibid., fol. 197 rff.); Ratsprot. 57, fol. 317 rff.
Verfassungsrevision nunmehr zweite korporative Kontrollgremium seine Arbeit aufnehmen kann. Der Magistrat beschließt zwar schon am 26. März, der Kommission die Rechnungsbücher ab 1513 in Zehnjahresschritten auf die Schickungsstube liefern zu lassen. Probleme wirft aber die mangelnde religiöse Qualifikation einiger Deputierter auf, die ihre Vereidigung unmöglich macht. Erst am 8. Juli 1609 erklären sich die Rechnungsdeputierten zum Antritt ihrer Arbeit bereit, müssen sich aber dann noch erfolgreich gegen das Ansinnen des Magistrates zur Wehr setzen, seine Vertreter zu ihren Beratungen zu senden.83)

Die Beratungen der Finanzdeputierten sollten sich über ein Jahr hinziehen, wohl durch längere und häufige Pausen unterbrochen und mehrmals vom Rat gemahnt, zu einem Ende zu gelangen. Auch Kompetenzstreitigkeiten mögen zu der Verschleppung beigetragen haben. Im Februar 1610 begehren die Rechnungsdeputierten Einsicht in die Bücher des 100. Pfennigs. Der Rat weigert sich, „weil jeders privat burger gelegenheit darin“ verzeichnet sei; eine summarische Aufstellung müsse genügen. Auch Beschwerden der Deputierten bei ihren Gaffeln, daß ihnen der Zugang zu allen Unterlagen verweigert würde, änderten nichts.84) Und obwohl die Arbeit schon Ende Mai bis auf einige „dubia“ getan war, wie die Deputierten dem Rat meldeten, vollzogen sie erst vor der Ratswandlung am Ende des Jahres eine Art formelle Entlastung der Regierenden.85)


Ebenfalls schon am 3. 1. 1609 hatten Kurfürst und Domkapitel sich in den Konflikt eingeschaltet und die Stadtbevölkerung gemahnt, wegen der Mißhelligkeiten zwischen Rat und Gemeinde gegen die katholische Religion nichts zu unternehmen. Der Erzbischof von Mainz hatte sich bald ange schlossen.87) Eine kaiserliche Subdelegation der Kurfürsten von Mainz und Trier kündigte am 23. Februar ihr Erscheinen in Köln an, um zwischen

83) Ratsprot. 58, fol. 79v, fol. 82vff.
84) Ratsprot. 58, fol. 317v; Ratsprot. 59, fol. 30vff.
85) Ratsprot. 59, fol. 102v; Ratsprot. 60, fol. 13v.
86) Verf. u. Verw. Nachtrag 396; Ratsprot. 57, fol. 207r.
87) Ratsprot. 57, fol. 205vf. und fol. 211v.


Am 19. Februar machte sich die Gemeindeschickung zum Wortführer der allgemeinen Stimmung, indem sie eine allgemeine Abschaffung der Soldaten und Aushandlung besserer finanzieller Konditionen bei der Anstellung von neuem Militär forderte.90)

Dabei spielte nicht nur das leidige Geld eine Rolle. Ein – offenbar allerdings abgelehnter – Vorschlag der vergleichsweise radikalen Schmiedegaffel sah vor, die Wacht wieder ausschließlich von den Bürgern versehen zu lassen und ihnen auch die Schlüssel zu den Stadttoren in Verwahrung zu geben.91) Der Magistrat wies solche Forderungen scharf zurück, wobei er sich auf Kaiser, niederländischen Kreis und seine Fürsorgepflicht als Obrigkeit berief. Auch unter der Mehrzahl der Bürger konnte die Entblößung der Stadt von professionellem Schutz keine Zustimmung finden. Die Gemeindeschickung beschloß bald, ihren alten Antrag vorläufig auf Eis zu legen. Und schon am 13. April beraten Magistrat und ordentliche Vierundvierziger auf Initiative der Bannerherrn über die Einstellung von mehr Soldaten, weil sich die außerpolitische Lage gefährlich zugespitzt habe.92)

Den hektischen ersten Monaten des Jahres 1609 folgen eher schleichende Beratungen über die Konstituierung der Rechnungsdeputation und über das

---

88) Ratsprot. 57, fol. 251 r ff., fol. 290 v., fol. 300 v ff.
89) z. B. Ratsprot. 57, fol. 269 r.


94) Ratsprot. 58, fol. 20 vf.
eingeschärft, sie sollten in allen Belangen „der herrn 44. bedenken und mainungh einnehmen“.¹⁹⁷)


In das „Abschlußdokument“ der innerstädtischen Zweigung gehen diese Punkte allerdings nur zum Teil ein. Schon im August war auf Vorschlag des Rates mit der Erarbeitung eines sogenannten „Summarischen Extraktes“ begonnen worden, der die Ergebnisse der Verfassungsrevision beinhalten sollte. Zu einem schnellen und bündigen Finale kommt es allerdings nicht, sondern im Gegenteil zu einem zähem Ringen um auseinanderstrebende Interpretationen in zentralen Punkten wie dem Stimm- und Anwesenheitsrecht der Bürgermeister im Rat oder dem genauen Mechanismus der Finanzkontrolle.\(^{102}\) Am 15. Dezember 1609 endlich wird eine vorläufige Endfassung vom Rat für gut befunden.\(^{103}\)

Die Ende Januar um ihr Votum angerufenen Gaffeln aber lassen sich mit ihrer Abstimmung Zeit. Wieder einmal erschüttern Unruhen die Versammlungen einiger Korporationen; manchmal scheine es, so berichtet Bürgermeister Bolandt dem Rat, die Gemeinde wolle alle vergangene Handlung wieder über den Haufen werfen. Und 64 Schildbrüder der Schöniedegaffel übergeben dem Rat sogar eine Petition, in der von Tumulten und Vorwürfen gegen den Bannerherrn die Rede ist, die eine geordnete Abstimmung unmöglich machen würden. Man bittet den Magistrat um eine Abordnung, um die Gemüter zu beruhigen.\(^{104}\)

Die Verzögerung erklärt sich zu einem Teil aus dem Wunsch vieler Bürger, möglichst alle umstrittenen Fragen vor Verabschiedung des Extrakts zu klären. Nach der formellen Beendigung der Handlung, das wissen sie, würde der Rat kaum mehr zu Konzessionen bereit sein. Der Magistrat seinerseits war mit einigen Punkten des Extraktes unzufrieden, sah aber durch die fortlaufende Zweigung schwere Schäden für die Wirtschaftskraft der Stadt entstehen und drängte zum Abschluß.

Endlich nach Auswertung aller Gaffelvoten kam am 15. Mai 1610 der Summarische Extrakt in der Gemeindeentschickung verlesen und für gut befunden werden. Er beinhaltet unter anderem ein Generalpardon für die zurückliegende turbulente Zeit („... was bis anher bei dießen gantzen sachen von einem oder anderen gethan, geredt und gehandelt worden soll ... zu den ewigen taghen vergessen und vergeben sein.“ § 42). Zwei gleichlautende Kopien sollen beim Rat und bei den Gaffeldeputierten hinterlegt, besiegelt und beschworen werden.\(^{105}\) Am 11. August 1610 meldet das Ratsprotokoll, der Extrakt sei nunmehr dreiundzwanzigmal auf Pergament geschrieben,

\(^{102}\) Vgl. etwa die Gegenbedenken des Rates auf die Zusätze der Vierundvierziger zum Textentwurf des Extraktes, Chroniken und Darstellungen 27, fol. 287 ff.

\(^{103}\) Ratsprot. 58, fol. 259 ff.

\(^{104}\) Ratsprot. 59, fol. 30 vff. und 55 v.

„was aber solcher stick versegelung belangt soll dieselb gleichfalls mit nechster gelegenheit furgenommen werde.“\textsuperscript{106}

Trotz anderslautend Textes des Summarischen Extraktes und trotz der zitierten Absichtserklärungen: eine Besiegelung der Urkunde ist nie erfolgt. Diese verblüffende Tatsache gründet sich offenbar in Vorbehalten des Rates gegen einzelne Bestimmungen des Extraktes, z. B. gegen die Finanzkontrolle durch die Gaffeldeputierten. Ein Ratsbeschuß vom 3. Juni 1616 verdeutlicht die Konsequenzen dieser Haltung: „...deweil der vor weinig jaren ersetzter Rhatseid auf den Summarischen extract mit gerichtet derselb aber noch auf den Gaffelen nicht eingeliefert, auch noch nicht versiegelt, ohne das etliche Puncten begrei, welche der gemeinen wollfart nicht vortraglich, auch nicht woll zu halten, derwegen allezeit wen ein neuer Rhat eingehet, der Rhatseid anders nicht als mit sonderlichem vorbehalt geleistet und darumb mehrmals beschlossen, das angeregter Summarischer extract mit fleiß wiederumb ersehen, erwogen und mit gemeiner beliebung nach notdurfft ersetzt werden solle, welches außer allerhandt verhinderungen noch nicht geschehen, Allß ist vertragen und beuolen, das die clausel des Rhatseids welche sich auf ang. Summarisch extract referiert, hinfuro und solang biß der Summarischer extract der notdurfft nach reuudirt und ersetzt, vorbeigangen und suspendirt, gleichwohl mit deßen erschung und deliberation nicht eingehalten, sonder sobaldt immer möglich vortgefahren“ werden soll.\textsuperscript{107}

In der Praxis der Kölner Verwaltung sollte diese „baldige Revision“ einer Vertagung auf den St. Nimmerleinstag gleichkommen. Auf der anderen Seite hinderten die erwähnten Vorbehalte weder die Gemeinde noch die gelehrten Juristen des Magistrates daran, sich auf den Summarischen Extrak zu berufen. Nach kurzer Zeit wurde dieses — streng rechtlich gesehen ungültige — Dokument auf eine Stufe gehoben mit den alten Fundamentalgesetzen, die er bekräftigen sollte. Als Bürgermeister, Rat und Deputierte der Korpora-


\textsuperscript{107} Ratsprot. 65, fol. 120v; vgl. Chroniken und Darstellungen 27, fol. 477ff. Eine eingehendere Überprüfung der Schlußverhandlungen zwischen Rat und Gemeinde, vielleicht auch ein Textvergleich zwischen den verschiedenen Fassungen des Summarischen Extraktes können über die Vorbehalte des Rates näheren Aufschluß geben.


Seine Autorität geht aus der Affäre gestärkt hervor; das wird aus der Tatsache deutlich, daß schon neun Tage nach Beschuß des Extraktes zusammen mit den Vierundvierzigern für alle Bürger und Eingesessenen eine neue, sechsmalige Kopfsteuer nach Vermögenshöhe beschlossen und im Herbst desselben Jahres kirchspielsweise eingetrieben werden konnte.


110) Ratsprot. 60, fol. 221 rff.; Chroniken und Darstellungen 27, fol. 473 rff.
111) Ratsprot. 59, fol. 111 vff. Ab dem 27. Oktober dieses Jahres werden die Selbstveranschlagungen der Bürger im Rat vorgetragen und in vielen Fällen nach oben korrigiert; die Namen derjenigen, die laut Ratsbeschuß höher steuern sollen, als es der Selbststeuerzähitung entspricht, werden im Protokoll verzeichnet, vgl. ibid., fol. 331 v passim.
der mehrheitlich für die Beteiligung der Viertundvierziger und die zeitweilige Verbannung der Sechsherrn aus dem Ratssaal.

Es waren keineswegs die Ärmsten unter der Stadtbevölkerung, die den Mechanismus der Gemeindeschickungen in Gang gesetzt hatten. Das bedeutet, aber zugleich, daß die Initiatoren und Deputierten an politischen, wirtschaftlichen oder verwaltungsmäßigen Reformen im einzelnen interessiert waren, auch die Selbstherrlichkeit der Führungsschicht kritisierten, daß ihnen aber in einer Eskalation des Konfliktes nicht gelegen war.


Hand in Hand gehen Magistrat und Gemeindeschickung gegen innere Unruhen vor, die der Kontrolle der bürgerlichen Honoratioren zu entgehen drohen. Das hindert die Gaffeldéputierten keineswegs daran, den Magistrat gleichzeitig mit Hinweis auf die Macht der Straße, unter Druck zu setzen. Weil „dieser Stadt gemeine burgerschaft auf ihre gaffelen und Zunftheuser

119) Ratsprot. 57, fol. 300 vff.
121) Edikte I, 92.
sich heuffig versamlett“ und einige so lange beisammen bleiben wollten, bis
die Rentkammbücher der Rechnungsdeputation überstellt und die Solda
ten abgeschafft seien, möge der Rat die Bücher beider Kammern schnell an
einen sicheren Ort den Gaffeldeputierten überstellen, verlangt die Schik
kung. Der Beschluß wird vor dem Magistrat am selben Tag wie die oben
erwähnte Forderung nach harten Maßnahmen gegen die Aufrührer ver
lesen.122)

Die oben zitierte Anprangerung unkatholischer und auswärtiger Rädels
führer muß unser Interesse auf die religiösen Hintergründe der Affäre
lenken. Einen ersten Fingerzeig mag die Biographie eben jenes Reinhard
Linckens geben, dessen Person im Mittelpunkt des Konfliktes vom August
1608 zwischen Rat und Faßbindergaffel stand. Bereits im März 1586 tauch
er zum ersten Mal im Konsistorial-Protokoll der deutschen Reformierten
Gemeinde zu Köln auf; 1594 nahm er sogar die Funktion eines „Ältesten“
wahr, gehörte also zum Führungskreis dieser Gemeinde.123) Am 18. August
1605 finden wir ihn, zusammen mit seiner Tochter, unter den Teilnehmern
einer heimlichen Versammlung, die von den Gewaltmeistern als verbotenes
Konventikel ausgehoben wird. Am folgenden Tag wird er zusammen mit
andern Personen von den Turmmeistern verhört, die ihnen eine Buße von
100 Goldgulden abfordern und ihnen Turmhaft androhen. Schon damals
aber war Linckens nicht der Mann, vor der Obrigkeit klein beizugeben. Er
bekennen sich offen zur reformierten Religion, verweigert die Eidesleistung
und verteidigt sich selbstbewußt, Gottes Worte und Wahrheit seien so wenig
ketzerisch wie andere Fürsten und Städte, die sich zu diesem Wort und zu
seiner Religion bekennen würden. Trotz solcher starker Worte scheint er
damals auf freiem Fuß geblieben zu sein.124)

Leonhard Ennen hat in seiner Darstellung auf zeitgenössische und rück
schauende Stimmen verwiesen, die den Protestanten die inneren Unruhen
anlasteten. Sein eigenes Urteil ging in eine andere Richtung; neben der
ursächlich bürgerlichen Bewegung sei die protestantische Strömung „selb
ständig“ eingeriegelt.125) Derart apodiktisch läßt sich Ennens Beurtei
lung kaum aufrechterhalten. Die Religionsfrage schwebte im gesamten uns
beschäftigenden Zeitraum wie ein Damoklesschwert über den Ereignissen.
Schon im November wird angesichts der Zweifel zwischen Rat und Bürger-

even was geweigert würd, (sehen, G. S.) sie allbald zu ihren achten und furfens wol zu der
gemein“. Ratsprot. 58, fol. 50 r.
123) E. Simons (Hg.): Kölische Konsistorial-Beschluße. Presbyterial-Protokolle der
124) Reformationssaken 8, fol. 50 rff; Verf. u. Verw: G 234, fol. 252 rff.
125) Ennen: Geschichte (wie Anm. 13), S. 535 f.
schaft die Sorge geäußert, daß „die religionisten darauf ire hoffnung gestel-
let“[126]). Zu Beginn ihrer Beratungen wie mehrfach in der Folge sehen sich die
Mitglieder der Gemeindezusammen zu der Erklärung veranlaßt, daß ihre
Aufgabe nur in der Überwahrung der Verfassung bestünde und daß nichts
verhandelt würde, was der Religion zuwider sei.[127] Im Frühjahr 1609 gibt
es, wie schon erwähnt, um die mangelnde Qualifikation etlicher Rechnungs-
deputierter ein längeres Tauziehen, das ihren Arbeitsbeginn um Monate
hinausschiebt. Die Beauftragten des Rates glauben unter den Verordneten
 einige gefunden zu haben, „welche keine geboren teutsche sonder frembder
nation auch der Catholischen religion nicht, noch hieselbst geerb noch
beguetet sein“.[128] Ein extra konzipierter Eid soll solchen Menschen die
Zulassung verwehren. Rund ein Viertel aller Deputierten werden schließlich
durch andere Kandidaten ersetzt, ob in allen Fällen aus religiösen Gründen,
ist nicht ersichtlich. Bei der unruhigen Schmiedegaffel werden gleich zwei
neue Rechnungsprüfer gewählt.[129]

Von den Anfängen der bürgerlichen Unruhen zieht sich der religiöse
Vorbehalte wie ein roter Faden bis hinein in den Text des Summarischen
Extraktes; im Ratshermeid, so heißt es dort, soll nicht nur die städtische
Ehre und Freiheit beschworen werden, sondern auch und ohne Vorbehalte die
Bewahrung des „alten wahren Christlichen Catholischen und Apostolischen
glauben(s)“. Der Schutz des Hauses vor gewaltätigem Zugriff, in den
bürgerlichen Freiheiten festgelegt, sei dann hinfällig, wenn „die alte Catholi-
 sche Religion“ berührt werde, wenn es gilt, gegen „eingeschlichene Predi-
cante heimblche winckel Predigh Consistoria und andere verbottene Con-
venticula“ vorzugehen. So bemerkt Ennen durchaus korrekt, wenngleich
gegen die Tendenz seines sonstigen Urteils: „Durch den „Summarischen
Extrakt“ erhielt der katholische Charakter der Stadt neue Bekräftigung.“[130]
Der Bekräftigung folgte die Tat; 1611 kam es zu verstärkten Aktionen gegen
unkatholische Bürger, 1612 zog der Rat das Qualifikationsverfahren auch
der traditionell privilegierten geborenen Bürger an sich. 1615/17 schließlich
wurde die umfassende Qualifikationsordnung erlassen.[131]

Dem Magistrat gelang während der besprochenen Ereignisse nicht allein
die Verteidigung der katholischen Religion; darüber hinaus bildete die

---

[126] Ratsprot. 57, fol. 156r.
[131] Deeters, Joschka: Das Bürgerrecht der Reichsstadt Köln seit 1396. in: Zs. d. Sav
Religionspolitik ein Disziplinierungs- und Drohinstrument in seinen Händen.\(^{122}\) Dahinter stand nicht allein der äußere Druck Habsburgs. Wichtig war vor allem die spezifische Verbindung der religiösen Frage mit ökonomischen und nationalen Aspekten.\(^{123}\)


Im Jahr 1609 trieben diese Spannungen offenbar auf eine Entscheidung zu. Vielleicht mögen die nichtkatholischen Mischstoffweber gehofft haben, die bäuerliche Bewegung könne zugleich eine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen erbringen. Als Beigeschworene der Leinewebergaffel waren die Caffa-, Bombasin- und Boratwerker an der Ratskpir nicht beteiligt. Die Unruhen und heftigen Auseinandersetzungen auf der Leinewebergaffel, die zuerst die Präsentation von drei statt zwei Rechnungsdeputierten zur Folge hatte, deuten auf einen Kampf dieser Korporationen um Repräsentation und


Anerkennung hin.\textsuperscript{134} Die prekäre Lage der fremden Mischstoffweber in der Stadtgesellschaft beleuchtet auch die Tatsache, daß die städtischen Turmmeister einige nöthliche Streitercien verzeichnen, an denen Gesellen der in Frage stehenden Gewerbezweige beteiligt waren. Mehrere Bombasinmacher legen sich z. B. am Abend des 20. März 1609 — die Unruhen an diesem Wochenende sind uns bereits begegnet — betrunken mit der Kettenwacht an, die sie fortwiesen will. Sie würden nicht gehen, erwidern die Gesellen, sie seien „sowohl burger als sie".\textsuperscript{135} Der Kampf um bürgerliche Anerkennung ging verloren. Die unqualifizierten fremden Handwerker wurden Mitte des Jahres vom Rat der Stadt verwiesen, Rat und Zünfte wirkten hier Hand in Hand.\textsuperscript{136} Der Magistrat konnte sich bei seinen religiösen Disziplinarmaßnahmen, die zugleich seinen obrigkeitlichen Machtanspruch insgesamt untermauerten, der Unterstützung der einheimischen Bürger gewiß sein.

Die Beschäftigung mit den Ereignissen muß durch eine kurze und keineswegs vollständige Lektüre des Dokuments ergänzt werden, das nach eigenen Worten zur „stiftungh Burgerlicher einigkeit" dienen sollte; hin und wieder empfiehlt sich auch ein Blick auf die vorangegangenen Beratungen.\textsuperscript{137}

Unvermeidlich stellt sich der Summarische Extrakt in seiner Präambel in die Tradition von 1596 und 1513. Aber obwohl spätere Generationen diese Perspektive teilen werden, bleibt der Extrakt seinem Inhalt nach gegenüber dem Verbund- und dem Transfixbrief weit an Bedeutung zurück. Wo dort — freilich immer unter Berufung auf das alte Recht — grundlegende Innovationen verankert worden waren, bleibt es hier bei der starren Fixierung auf die gängige Praxis, auch wenn man mit einigen Bestimmungen der alten Texte so recht nichts mehr anfangen konnte.\textsuperscript{138} Die mangelnde Neuerungsfreude des


Zur Ratsktr Schilling: Exulanten (wie Anm. 133), S. 120 Anm. 170.

\textsuperscript{135} Verw. u. Verw. G 238, fol. 53 rff., 54 vff. u. ö.


\textsuperscript{136} Schilling: Exulanten (wie Anm. 133), S. 63.

\textsuperscript{137} Der „Summarische Extrakt" wird, wo nichts anderes vermerkt ist, im Text mit den entsprechenden Paragraphen aus Verf. u. Verw. V93, fol. 13r—19r. zitiert.

Summarischen Extraktes kann schwerlich verwundern, wenn man sich die Interessenkonvergenz von Rat und gemeindlicher Führungsschicht vergegenwärtigt.


Als einzige „gemeindefreundliche“ Maßnahme im Zusammenhang mit den Vierundvierzigiern konnte man die Bestimmung interpretieren, ihre Einberufung solle „ohne Zuziehung anderer abgegangener Raths“ erfordern (§ 12). Die Stimmenverhältnisse wurden dadurch für die Gemeindever-

tretung entschieden günstiger. Dieser Passus verdeutlicht zugleich die Stoßrichtung gemeindlicher Kontrolle, die mit dem Summarischen Extrakt – wenn überhaupt – verfolgt wurde. Der Rat sollte zu einem „verfassungsge- mäß“ arbeitenden Gremium zurechtgestützt und damit aufgewertet werden, indem die informelle Herrschaft der Elite gemindert werden sollte.


Vor allem aber die Bürgermeister und ihre Machtfülle standen im Zen- trum der bürgerlichen Kritik. Wo der „Summarische Extrakt“ die Macht des sitzenden Rates bekräftigt (§ 3), heißt es in einem Nachsatz, daß die „ungewöhnliche, von etlichen privaten angenommenen und geclagte Titulen“ vermieden werden sollen. In den vorangegangenen Beratungen war die Gemeindeschickung deutlicher geworden; man höre, daß sich einige vornehme Herren des Rates „medige herrn, herr von der Obrigkeit und beste von der statt intitulieren“. Die Deputierten erinnerten aber daran, daß „sie anderst keine Obrigkeit wißten noch erkennen künden alß einen ersame Rahz zu zeit, so . . . hielten sie es für eine unzulässigkeit und mißbrauch, daß ezliche herrn gesondert und apart sich solche Titulen annehmen und geben ließen.“ 142)

Neben dieser eher symbolischen Frage ging es aber vor allem um handfeste Einflußmöglichkeiten der Sechsherrn auf die Zusammensetzung des Magistrates. Die Wahl vor allem der Gebrechsherrn, so monierten die Gemeindevertreter, orientiere sich nicht am gemeinen Besten, sondern sei

141) Ratsprot. 57, fol. 225 rf.


---

gegen diesen Punkt gesträubt hatte. Diesmal allerdings gab es eine eindeutige Mehrheit der Gaffelvoten, denen er sich beugen mußte. 147)


147) Verf. u. Verw. V 88, fol. 9 v.; fol. 91 r.
Beispiele für die erfolgreiche Durchsetzung von Gemeindeforderungen bilden außerdem z. B. das Generalpardon (§ 41), wo der Rat ebenso zögernd zustimmt (vgl. Verf. u. Verw. V 88, fol. 20 r. ff.), und die Abschaffung einiger kleinerer Akzisen und Standgelder (§ 21).
149) Chroniken und Darstellungen 27, 93 r–130 v.

Zu Anfang der geschilderten Beratungen ist lediglich vom Verbund- und Transfixbrief die Rede, doch spätestens im Mai 1609 bringt die Gemeindeeschick auch dieses dritte Dokument ins Spiel. Sechs Gaffeldiutente berichten, auf ihren Zunfthäusern hätten sich Pergamentausfertigungen dieser bürgerlichen Freiheiten gefunden; „weil die Burgerliche Freyheit ein funehmemes stuck die man pillig zu erhalten mit sonderlichem fleiß und eiffer sich soll angelegen sein lasse“, wird der Rat aufgefordert, in seinen Archiven nach näheren Aufschlüssen über die Herkunft dieses Dokuments zu forschen.152) Der Rat reagierte zurückhaltend, zumal er innere Widersprüche in dem Schriftstück entdeckt hatte und über seine Ursprünge nichts Näheres in Erfahrung bringen konnte.153) Ein erster Entwurf erwähnt die Bürgerfreiheiten wohl absichtlich nicht, was die Gemeinde-deputierten erfolgreich kritisieren.154) So rechnet die Prämambel des Summarischen Extraktens neben Verbund und Transfix auch die „Burgerlichen Freyheiten“ unter „die alte gesetz und Ordnung“, welche die Vorfahren zu Gottes und der Stadt Ehre und zur Erhaltung der bürgerlichen Einigkeit und Freiheit konzipiert hätten.


150) Jütte: Armenfürsorge (wie Anm. 41), S. 223.
151) Stein: Akten Bd. I (wie Anm. 11), S. 716 ff.
154) Ratsprot. 58. fol. 289 r.
Gaffelen geleßen" werden155) — eine wichtige Voraussetzung für die Beachtung auch derjenigen Artikel, die im Extrait keine Erwähnung fanden. Wie so oft unterblieb ihre Verwirklichung.


156) Vgl. die in Anm. 3 genannte Literatur.
verhindern. Die Kosten für die wiedergewonnene Einheit hatten religiöse und zugewanderte Minderheiten zu tragen.

Daß diese Einheit mit einem Dokument bekräftigt wurde, dem die Siegel der Konfliktparteien fehlten und das damit niemals Rechtskraft erlangte, dennoch aber in das traditionelle Verfassungscorpus aufgenommen wurde, erscheint nur auf den ersten Blick paradox; es kann ganz im Gegenteil geradezu als Sinnbild für den politischen Zustand des bürgerlichen Gemeinwesens am Anfang des 17. Jahrhunderts gedeutet werden. Die generelle Hochschätzung des Extraktes zeigt die Bedeutung, die die besprochenen Ereignisse und das Dokument wiedergewonnener Einigkeit im kollektiven Bewußtsein der Bürger einnahmen, zeugt letztlich vom fortdauernden Selbstbild der Bürger als aktiv gestaltende politische Subjekte. Einzelbestimmungen dieses Dokuments konnten dagegen aufgrund seiner formalen Ungültigkeit vom übermächtigen Magistrat bei Bedarf suspendiert werden. Die Dynamik hinter den Schicksalsaktivitäten hielt nicht lange genug an, die politische Handlungsfähigkeit der Gaffelkorporationen wurde durch die Alltagsprobleme der Bürger neutralisiert. Der Rat saß auf die Dauer am längeren Hebel; es war dem gemeinen Bürger fast unmöglich, ihm über kurzfristige Einschränkungen seiner Macht hinaus Rechte und politische Kontrollbefugnisse abzutrotzen.